

Nyhed
Kiel, 27.03.2024

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Vorstände von SSW und SPD trafen sich zu gemeinsamen Gesprächen

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Landesvorstände am 26. März 2024 wurde über die Standpunkte und großen Schnittmengen beider Parteien u.a. zu CCS, zur Minderheitenpolitik, dem Industriestandort Schleswig-Holstein oder auch zum grenzüberschreitenden Verkehr zu Dänemark gesprochen.

Wichtig war beiden Parteien, sich zukünftig bei gemeinsamen Themen auf Landes- und kommunaler Ebene noch enger abzustimmen und zu unterstützen. Dazu Christian Dirschauer, Vorsitzender des SSW: „Wir haben nach wie vor viele Gemeinsamkeiten in unterschiedlichsten Themenfeldern, um unser Bundesland voran zu bringen. So sind wir uns zum Beispiel sehr einig, dass wir eine soziale Energiewende brauchen, die alle Menschen mitnimmt statt nur die Wohlhabenden. Viele Menschen in diesem Land fühlen sich abgehängt. Das müssen wir gemeinsam ändern.“

Die beiden Landesvorstände verabredeten darüber hinaus, dass gemeinsames Handeln und Initiativen auf Landesebene dringend nötig seien, um die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins zu stärken um mit ihnen gemeinsam weiterhin unsere Demokratie verteidigen zu können. Dass so viele Menschen in letzter Zeit laut gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen sind, zeige deutlich, wie wichtig ihnen unsere Demokratie ist.

Serpil Midyatli, Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein: „Wir sozialdemokratischen Parteien werden nicht aufhören, die Brandmauer

gegen rechts gemeinsam immer höher zu bauen. Es kann nicht sein, dass Rechtsextreme mit ihren Narrativen, ihrem Hass und ihrer Hetze immer salonfähiger werden. Hier werden wir nicht nachlassen und in jedem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aufklären, entlarven und die Sprache der Rechtsextremen erkennbar machen. Uns einen dabei gemeinsame Überzeugungen für eine sozial gerechte Politik und einen handlungsfähigen Staat!“